

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Niederschrift

über die 21. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 23.03.2023 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Nadine Walbrach

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Dunkel
Herr Edgar Leisten
Herr Hans-Georg Nerlich
Herr Detlef Schlüpen
Herr Tobias Brosig
Frau Monika Nestler
Herr Philipp Maaßen

Sachkundige Einwohner

Herr Christian Quade
Frau Liza Ruschin

Verwaltung

Frau Wehlan
Herr Johannes Ferdinand
Herr Karsten Dornquast
Frau Andrea Staeck
Frau Ilse Ryczewski
Frau Christiane Jeglitzka
Frau Birgit Kaminski

Landrätin
Beigeordneter und Leiter Dezernat I
Leiter Amt f. Bildung und Kultur
Leiterin Volkshochschule
HPM Volkshochschule
Projektkoordinatorin
Fachkoordinatorin Sportmanagement

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gertraud Rocher

Sachkundige Einwohner

Frau Jeanette Averhaus
Frau Christiane John

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 19.01.2023
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Bericht des Staatlichen Schulamtes zum Ü 7-Verfahren
- 7 Berichterstattung der Volkshochschule zum Thema Abschluss des ESF-geförderten Grundbildungsprojektes 2017 - 2022 sowie Neustart ab 4/2023 - 2027
Beschlussvorlagen
- 8 Zuwendungsvertrag Museumsverein Glashütte e. V. 6-4998/23-I
- 9 Auswertung Machbarkeitsstudie zur Reduzierung der Mindestentfernungen in der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis 6-4942/22-I
- 10 Evaluierung des Leitbildes 6-4876/22-LR/2
- 10.1 Änderungs- und Ergänzungsantrag zur Evaluierung des Leitbildes 6-5004/23-KT
Informationsvorlagen
- 11 Schulträgerschaften für weiterführende allgemeinbildende Schulen im Landkreis Teltow-Fläming 6-4939/22-I

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende des Ausschusses, **Frau Walbrach**, eröffnet die 21. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport. Sie begrüßt die Anwesenden. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 19.01.2023

Die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Leisten berichtet, dass die jetzige Oberschule der Stadt Zossen in eine Grundschule umgewandelt werden soll. Es soll dann eine neue Oberschule mit der Bedingung gebaut werden, dass diese eine Gesamtschule wird. Er fragt, ob die Stadt Zossen die Trägerschaft der Oberschule Wünsdorf verliert.

Herr Dornquast erklärt, Träger der Oberschule ist zurzeit die Stadt Zossen. Sie kann die Schule nur schließen. Sie kann sie nicht zu einer Grundschule umfirmieren.

Herr Leisten liest den Beschluss für die neue Oberschule vor.

Herr Dornquast erklärt, dass es dazu die Feststellung über die Schulentwicklungsplanung bedarf, ob an dieser Stelle eine Gesamtschule erforderlich ist. Aus heutiger Sicht und aus der Schulentwicklungsplanung heraus verneint er es.

Frau Wehlan verweist auf den Arbeitstermin, der mit der Bürgermeisterin der Stadt Zossen, dem zuständigen Bereich in Zossen, Herrn Ferdinand und Herrn Dornquast am Tisch der Landrätin stattfindet, Sie meint, dort sollten die Fragen geklärt werden.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Walbrach bittet die Landrätin den aktuellen Stand zum Thema „Rosenbauer“ darzustellen.

Frau Wehlan berichtet, die untere Denkmalschutzbehörde hat den Abriss des Schweizerhauses nicht befürwortet. Dazu wurde das Benehmen mit dem Landesamt für Denkmalschutz hergestellt. Sie erklärt, wenn das Unternehmen einen Widerspruch einreicht, ist die rechtliche Bauaufsicht die widerspruchsbearbeitende Behörde unter Beiziehung aller Sachverhalte, die von den Beteiligten im Zusammenhang mit der Erweiterung der Unternehmensentwicklung Rosenbauer am Standort Industriestraße beigebracht wurden. Die Entscheidung der rechtlichen Bauaufsicht war, dass dem Abrissbegehren stattgegeben wird. Damit verbunden war wieder die Benehmensherstellung mit dem Landesamt. Diese ist versagt worden. In einem derartigen Fall tritt die Ministerin in ihrer Verantwortung in Erscheinung. Frau Dr. Schüle war vor Ort, um die Abwägungssachverhalte zu diskutieren. Nach der Diskussion hat sie der Landrätin die Abrissgenehmigung übergeben.

TOP 6

Bericht des Staatlichen Schulamtes zum Ü 7-Verfahren

Der zuständige Schulrat **Herr Schulze** berichtet, der Landkreis Teltow-Fläming ist sehr gut aufgestellt, da er rechtzeitig nachgesteuert hat. Im Ü 7-Verfahren befinden sich 1285 Schülerinnen und Schüler, von denen sich 433 für Oberschulen und 481 für Gymnasien entschieden haben. An den Standorten Dabendorf und Ludwigsfelde ist die Nachfrage enorm groß.

In Dabendorf ist sie höher, als die Kapazitäten hergeben. Es gibt 134 Plätze und 227 Erstwünsche, was sicher an der Attraktivität des Campus liegt, aber auch an der enormen Dichte der Wohnbebauung.

Weiter führt er aus, es ist zu erkennen, dass die Gesamtschule eher im Fokus steht. Auch in Luckenwalde gab es mehr Erstwünsche als Plätze. Da wurde eine weitere Klasse aufgemacht. Aus den vorliegenden Zahlen ist zu erkennen, dass die Standorte im Süden des Landkreises weniger nachgefragt sind, da dort keine so dichte Wohnbebauung vorhanden ist.

Herr Schulze fasst zusammen, die geplanten Kapazitäten werden reichen. Es wird sicher auch Rechtsstreite geben, da die Erstwünsche nicht alle bedient werden konnten. Wichtig ist es, die Entwicklung in Ludwigsfelde zu beachten. Dort ist insbesondere bei den Oberschulen die Schaffung eines weiteren Schulstandortes notwendig.

Herr Leisten fragt, ob überall der Sportunterricht abgedeckt werden kann. Ihm ist bekannt, dass die drei Sportstunden pro Woche bei einigen Klassen reduziert werden mussten.

Herr Schulze antwortet, am Standort Dabendorf ist die Sportplatzkapazität nicht ausreichend, um die volle Stundenzahl im Sport abzudecken. Es wurden Lösungen gefunden, z. B. Projektwochen, mit denen aber nicht die volle Stundenzahl abgedeckt werden konnte. Dazu wurden bereits Gespräche mit dem Landkreis geführt. Vom MBSJ wird es eine Nachsteuerung der Stundentafel generell geben. Er meint, ansonsten sind die Probleme im Landkreis Teltow-Fläming noch nicht so prägnant, dass die Sportstunden aufgrund von Hallenkapazitäten nicht abgedeckt werden können. Es fehlen eher Lehrkräfte.

Frau Walbrach fragt, wohin die Schüler und Schülerinnen gehen, die keinen Platz an der Gesamtschule Dabendorf bekommen. Weiter war ihr bekannt, dass diese Schule mehr Schülerinnen und Schüler aufnehmen sollte.

Herr Schulze erklärt, dass in Blankenfelde-Mahlow und Wünsdorf noch Kapazitäten vorhanden sind. Auch ist ihm bekannt, dass die Gesamtschule Dabendorf mehr Kinder aufnehmen könnte, wenn die Hallenkapazitäten größer wären.

Frau Walbrach stellt keine weiteren Fragen fest und dankt Herrn Schulze.

TOP 7

Berichterstattung der Volkshochschule zum Thema Abschluss des ESF-geförderten Grundbildungsprojektes 2017 - 2022 sowie Neustart ab 4/2023 - 2027

Die Projektkoordinatorin und Lernbegleiterin **Frau Christiane Jeglitzka** stellt sich vor. Sie berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage) über die Arbeit im Grundbildungszentrum Teltow-Fläming, das es seit 2018 gibt.

Weiter stellt sie die Website [Alpha-Bündnis / Lernstudio Teltow-Fläming – Ein Angebot der Volkshochschule TF \(alpha-teltow-flaeming.de\)](https://www.alpha-teltow-flaeming.de) vor. Sie erklärt, besonders wichtig war für die Zielgruppe, dass die Website leicht verständlich ist und schnell ein persönlicher Kontakt mit dem Lernzentrum hergestellt werden kann. Zu sehen sind die Lernstudios in Luckenwalde und Ludwigsfelde. Für Menschen mit Schwierigkeiten beim Lesen wurden Audios eingepflegt. Sie zeigt ein Interview mit einem Lerner und berichtet abschließend über Vorhaben für die nächste Förderperiode.

Frau Walbrach dankt, vor allem auch für den beeindruckenden Film.

Herr Leisten fragt, ob es in anderen Orten des Landkreises auch Lernstudios gibt und wie hoch die Anzahl der Teilnehmer mit Migrationshintergrund ist.

Frau Jeglitzka berichtet, dass Grundbildungskurse im ganzen Landkreis angeboten werden. Die VHS hat landesweit und auf Landkreisebene tätige Bündnispartner. Über die Steuerungsgruppe sollen Multiplikatoren sensibilisiert werden. Dazu werden Schulungen angeboten, um weitere Orte zu erschließen.

Für den Landkreis Teltow-Fläming sind ihr keine Zahlen zur Anzahl der Teilnehmer mit Migrationshintergrund bekannt. Sie meint, es ist sehr viel schwieriger Menschen zu erreichen, die Deutsch als Muttersprache haben, da es ein mit Scham behaftetes Thema ist. Sie geht aber von einem Verhältnis von 1 : 1 aus.

Frau Ryczewski, HPM der VHS, antwortet auf die Frage von **Frau Walbrach**, dass noch nicht ermessen werden kann, wie groß das Einzugsgebiet des Quartiers ist. Es wurde erst begonnen, damit zu arbeiten.

Frau Walbrach stellt keine weiteren Fragen fest und verabschiedet die Leiterin der Volkshochschule Frau Staeck. Sie weist darauf hin, wie vielfältig die VHS in den letzten Jahren geworden ist, was auch Frau Staeck als Leiterin zu verdanken ist. Daher möchte sie sich im Namen dieses Ausschusses für die gründlichen und guten Vorträge und den engen Kontakt bedanken. Sie wünscht ihr für den Ruhestand ganz herzlich alles Gute und hofft, sie irgendwo im Ehrenamt wiederzusehen.

Frau Staeck bedankt sich und wünscht dem Ausschuss weiterhin gute Beschlüsse. Sie wünscht sich, dass die Nachbesetzung der VHS-Leitung relativ zeitnah passiert.

TOP Beschlussvorlagen

TOP 8 Zuwendungsvertrag Museumsverein Glashütte e. V. (6-4998/23-I)

Herr Dornquast erläutert, der Zweck des Zuwendungsvertrages besteht darin, die kulturelle und fachliche Arbeit des Museumsvereins zu unterstützen. Er läuft über zwei Jahre. In dieser Zeit sind die Verwaltung und der Verein in der Lage, die entsprechende Berichterstattung sowie die Abrechnung von Fördermitteln vorzunehmen. Der Museumsverein wird auch durch das Kulturministerium unterstützt, sodass es sich um eine geteilte Förderung handelt. Er weist weiter auf den Sachverhalt der Vorlage. Er berichtet weiter, aus dem Zuwendungsvertrag wurde der Betriebskostenanteil herausgenommen. Es gab seit dem Jahr 2018 einen entsprechenden Vertrag, der über die Liegenschaftsverwaltung zur Bewirtschaftung der Grundstücke läuft. In der Vergangenheit wurden MBS-Mittel eingesetzt, die über den Zuwendungsvertrag gebunden waren. Diese Möglichkeit besteht zurzeit nicht. Insofern hat sich die Verwaltung entschieden, nur noch die Personalkosten zu berücksichtigen. Die direkte Betriebskostenverrechnung und Abrechnung ist Angelegenheit der Liegenschaftsabteilung des Hauptamtes. Der Zuwendungsvertrag wurde rechtlich geprüft. Abschließend bemerkt Herr Dornquast, der Verein geht sorgsam und sparsam mit den Mitteln um.

Frau Walbrach stellt keine Fragen fest und bittet um Abstimmung.

Die Vorlage wird dem Kreisausschuss einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8

TOP 9

Auswertung Machbarkeitsstudie zur Reduzierung der Mindestentfernungen in der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis (6-4942/22-I)

Herr Dornquast berichtet, die Studie hat keine neuen Erkenntnisse gebracht. Die Aussagen der Verwaltung von 2018/19 wurden bestätigt. Er verweist auf den in der Studie enthaltenen Kompromissvorschlag, dessen Varianten finanziell geprüft wurden. Er berichtet, wenn die Schülerbeförderungssatzung in Bezug auf das Wechselmodell geändert wird, werden die Entfernungsgrenzen für die Schüler*innen der Sek 1 und Sek 2 weitgehend den anderen Landkreisen angeglichen. Wenn der Kreistag dem folgt, würde die Verwaltung eine Beschlussvorlage entsprechend der Schülerbeförderungssatzung mit den Änderungen der Entfernungskilometer erarbeiten. Er weist auf die extrem aufwachsende Schülerzahl hin, die zukünftig ganz andere Anforderungen stellen wird.

Frau Nestler war erstaunt, dass die Studie nur 21 Seiten umfasst, da es so lange gedauert hat, bis sie zur Verfügung gestellt wurde. Sie bedauert, dass es keine Gelegenheit gab, die Studie in der Fraktion zu besprechen. Für sie waren örtliche Angaben nicht nachvollziehbar. Sie stellt den Antrag, die Diskussion über die Machbarkeitsstudie bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses zurückzustellen. Sie meint, der Kompromissvorschlag sollte noch einmal gut abgewogen und nicht von vornherein abgelehnt werden. Sie fragt, ob die Kommunen in Bezug auf die Bushaltestellen, die Straßenführungen usw. mit einbezogen wurden.

Frau Wehlan verweist auf die Zeitschiene und auf die Zuständigkeit des Wirtschaftsausschusses und Finanzausschusses. Sie berichtet, die Vorsitzenden der Ausschüsse des HFA, des BKS und Wirtschaftsausschusses verständigten sich auf eine gemeinsame Sitzung am 17.04.2023. Dort können die aktuellen Fragen geklärt werden. Sie erklärt, die Verwaltung ist natürlich immer in der Evaluierung, wie sich die Schülerzahlen entwickeln mit den entsprechenden Buskapazitäten und auch Busfahrerkapazitäten.

Frau Walbrach meint, in der gemeinsamen Sitzung am 17.04.2023 wird man das Faktenwissen aller Beteiligten erfahren. Sie hält den Zeitraum bis zum Beschluss im Kreistag am 24.04.2023 zur Information in den einzelnen Fraktionen für zu kurz.

Herr Schlüpen begrüßt es, dass seine Fraktion sich nicht an dieser Antragstellung beteiligt hat. Er bemängelt, dass 65.000 € ausgegeben wurden, es aber kein Ergebnis gibt. Er verweist auf die S. 13 der Studie und erläutert die falsche Darstellung der Erschließungsdefizite in Rangsdorf. Er meint, in dieser Studie spielt die Schulentwicklungsplanung keine Rolle. Er erklärt, die Vorstellung seiner Fraktion geht dahin, dass die Schülerinnen und Schüler in diesem Landkreis die Verkehrsmittel auf dem Weg zur Schule ohne Mindestentfernungen kostenfrei nutzen können. Ebenso kostenfrei sollten sie die Verkehrslinien auch an den Nachmittagen zu außerschulischen Zwecken nutzen können.

Herr Dornquast führt aus, im Jahr 2022 wurde die Schulentwicklungsplanung für Rangsdorf verändert. Die Studie wurde bereits vor einigen Jahren beauftragt. Er weist darauf hin, dass er gegen die Studie war, was er zum damaligen Zeitpunkt in den Gremien auch so formuliert hat. Er bestätigt, dass neben den Abgeordneten auch die Verwaltung mit den Ergebnissen nicht zufrieden ist.

Herr Quade hält die Studie für einen Schritt in die richtige Richtung. Er erklärt, der Kreis schulbeirat wünscht sich ein Konzept, dass der Schülerverkehr auch im Nachmittagsbereich kostenfrei ist. Er fragt die Verwaltung, wie viele Schülerinnen und Schüler aktuell die Schülerbeförderung in Anspruch nehmen und was ein Schüler pro Monat und Jahr kostet.

Herr Dornquast weist darauf hin, dass die Kosten im gemeinsamen Ausschuss ein Thema sein werden. Der Bereich Schulverwaltung macht die Abarbeitung nach § 112 SB nach dem

Schulgesetz. Der Antrag der SPD-Fraktion geht weit darüber hinaus, was primär nichts mit der Schülerbeförderung zu tun hat.

Frau Wehlan weist darauf hin, dass der busbezogene ÖPNV im Land Brandenburg eine freiwillige Aufgabe ist. Jedes Prozent, das der Landkreis bei der Kreisumlage erhöhen muss, um Beschlüsse des Kreistages abzubilden, kommt aus den Haushalten der Gemeinden und Städte. Sie weist darauf hin, dass das Land Brandenburg zu den Ländern gehört, die nicht die Schülerbeförderung mitfinanzieren. Für sie gehört Schülerbeförderung zum Bildungsreich.

Herr Schlüpen weist in Bezug auf den SPD-Antrag darauf hin, dass seiner Fraktion aus der Studie durchaus bekannt war, dass die vorhandenen Busse und das Personal zur Realisierung nicht ausreichen. Er meint, daher könnte ein Anspruch auch lauten „Schüler*innen können vorhandene Verkehrsmittel auf vorhandenen Linien kostenfrei nutzen“. Seiner Fraktion ist durchaus bewusst, dass es bei der Umsetzung der Vorstellungen zur Schülerbeförderung evtl. eine Erhöhung der Kreisumlage geben muss.

Frau Walbrach gibt zu bedenken, dass Buskapazitäten auch geplant werden müssen. Sie bezweifelt, dass Schüler*innen unbedingt einen Kilometer mit dem Bus fahren müssen.

Unabhängig von der Entscheidung des Kreistages über diese Satzung regt **Herr Quade** im nächsten Schuljahr die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft an. Dort sollten kommunale Vertreter*innen zu aktuellen Situationen Stellung nehmen und aus den jeweiligen Fraktionen ein Vertreter mitarbeiten.

Frau Walbrach bemerkt, dass dazu dieser Ausschuss gedacht ist. Auch können hier Einwohner*innen Fragen zu den vorliegenden Themen stellen.

Nachdem Frau Nestler ihren Antrag aufrechterhalten hat, teilt Frau Walbrach mit, dass diese Vorlage auf der Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung am 17.04.2023 stehen wird und ggfs. auf der Tagesordnung der Sitzung dieses Ausschusses am 11.05.2023. Sie bittet die Abgeordneten, sich gut auf die Sitzungen vorzubereiten und sich ggfs. in den Fraktionen zu beraten.

TOP 10

Evaluierung des Leitbildes (6-4876/22-LR/2)

Frau Wehlan führt aus, der Bildungsausschuss war bereits an der Diskussion zum Leitbild beteiligt. Zum letzten Ausschuss wurden noch weitere Anträge gestellt, die in den Entwurf für die Evaluierung des Leitbildes eingepflegt wurden. Sie bittet Herrn Dornquast, die Tischvorlage zu erläutern.

In Bezug auf den CDU-Antrag bemerkt er, dass die Verwaltung daran festhalten möchte, nur den organisierten Sport finanziell zu fördern. Es geht dabei um Rechtssicherheit. Er erinnert auch an die Ausführungen des Geschäftsführers des KSB in der letzten Sitzung u. a. auch zum Thema „Kinderschutz“.

Auf Frage von **Frau Walbrach** bestätigt **Frau Wehlan** den Vorschlag, dass zur Klarstellung vor Sportförderung „finanzielle“ eingefügt werden soll.

Herr Ferdinand erinnert an die letzte Sitzung des Ausschusses, bei dem die Mitglieder einig waren, den Fokus auf den Kreissportbund zu belassen.

Zu den Anträgen der SPD-Fraktion schlägt **Frau Walbrach** vor, diejenigen zu besprechen, die das A 40 tangieren.

Zur Nr. 13 – Förderung des Breitensports – stellt sie keinen Diskussionsbedarf fest.

Zur Nr. 45 erklärt **Frau Wehlan**, dass die Verwaltung diesen Vorschlag ablehnt, da „modern“ mehr umfasst als nur „digital“.

Frau Walbrach stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und bittet um Abstimmung über die Vorlage mit den besprochenen Empfehlungen.

Die Vorlage wird dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	1

TOP 10.1

Änderungs- und Ergänzungsantrag zur Evaluierung des Leitbildes (6-5004/23-KT)

Die Diskussion und Abstimmung erfolgte unter Punkt 10.

TOP

Informationsvorlagen

TOP 11

Schulträgerschaften für weiterführende allgemeinbildende Schulen im Landkreis Teltow-Fläming (6-4939/22-I)

Herr Ferdinand erläutert ausführlich den Sachverhalt der Vorlage. Er weist darauf hin, dass das Ministerium noch klären muss, ab welcher Zügigkeit eine neue Schule eine neue Schule ist. Er führt weiter aus, die Kooperation und die Zuarbeit der Gemeinden ist sehr gut. Das betrifft vor allem die Zurverfügungstellung von Gelände, was gerade im Norden des Landkreises ein relevantes Thema ist. Der Landkreis verfügt nicht über Flächen, auf denen er eine neue Oberschule errichten kann. Die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Bauämtern bezeichnet er auch als sehr gut. Er erklärt, die Finanzierung im Jahr 2024 wird eine Herausforderung. Eine Aufnahme von Krediten wird notwendig werden.

Herr Leisten meint, wenn eine neue Schule derart ausgebaut wird, kann diese als neue Schule betrachtet werden.

Herr Dornquast weist auf die bestehenden Schulträgerschaften hin. Er erklärt, 1993/94 haben Kommunen den Antrag gestellt, dass der Landkreis die Trägerschaft für die weiterführenden Schulen übernimmt. Der Kreistag hat das zum damaligen Zeitpunkt abgelehnt. Die Trägerschaft ist somit bei den Kommunen geblieben und der Landkreis erstattet für alle Schüler*innen die Schulkostenbeiträge. Dieses Modell ist viele Jahre gut gelaufen. Jetzt ist aber ein enormer Aufwuchs in den Schüler*innenzahlen in der Sek 1 zu erkennen. Es wird unumgänglich sein, dass der Landkreis in Ludwigsfelde relativ zeitnah eine neue Schule errichten muss. Der Landkreis muss zu seinen Verpflichtungen nach dem Schulgesetz stehen.

Frau Walbrach bedankt sich für die gute Diskussion und wünscht allen einen schönen Abend.

Luckenwalde, den 11.04.2023

Nadine Walbrach
Die Vorsitzende